

Wahlprüfstein "Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!"

Ihre Frage	Unsere Antwort
<p>Rüstungsexportkontrolle</p> <p>Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür einsetzen, dass in Artikel 26 Abs. 2 des Grundgesetzes ein grundsätzliches Rüstungsexportverbot festgeschrieben wird?</p>	<p>Die SPD setzt sich für die Verabschiedung eines Rüstungsexportgesetzes ein. Damit wollen wir die rechtliche Verbindlichkeit der Vorgaben für den Export von Rüstungsgütern erhöhen und die Entscheidungskriterien der Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern schärfen.</p> <p>Insbesondere die Menschenrechtslage, die Gefahr innerer Repression und die Verwicklung in einen bewaffneten Konflikt sollen als entscheidende Kriterien für Rüstungsexporte gesetzlich verankert werden.</p>
<p>Rüstungsexportkontrolle</p> <p>Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein restriktives Rüstungsexportkontrollgesetz einsetzen, das den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern grundsätzlich verbietet, sodass Rüstungsexporte nur in zu begründenden Ausnahmefällen genehmigt werden können?</p>	<p>Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Ausfuhr deutscher Rüstungsgüter in Staaten außerhalb von EU-, NATO- und denen gleichgestellte Länder weiter eingeschränkt und absolute Ausnahmen nur im begründeten Ausnahmefall möglich sein werden – und dies öffentlich nachvollziehbar dokumentiert wird. Dies soll in dem bereits erwähnten Rüstungsexportgesetz festgeschrieben werden. Außerdem beabsichtigen wir eine Genehmigungsdauer von maximal zwei Jahren einzuführen, damit die Bundesregierung auf veränderte außen- und sicherheitspolitische Bedingungen in den Empfängerländern besser reagieren kann.</p>
<p>Rüstungsexportkontrolle</p> <p>Werden Sie sich dafür einsetzen, dass ein Verbandsklagerecht geschaffen wird, welches es zivilgesellschaftlichen</p>	<p>Dieser Vorschlag müsste im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens geprüft werden.</p>

Organisationen ermöglicht, Rüstungsexportgenehmigungen auf ihre Rechtmäßigkeit hin überprüfen zu lassen?	
Rüstungsexportkontrolle	
Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür einsetzen, dass Rüstungsexporte an kriegführende, menschenrechts- und völkerrechtsverletzende Staaten umgehend gestoppt werden?	Ja.
Rüstungsexportkontrolle	
Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl – angesichts der besonders hohen Opferzahlen – für ein vollständiges Exportverbot von Kleinwaffen und Leichten Waffen (gemäß UN-Definition), von zugehörigen Teilen sowie Munition einsetzen?	Mit den Kleinwaffengrundsätzen von 2015 und der Verpflichtung im Koalitionsvertrag, grundsätzlich keine Kleinwaffen in Drittstaaten zu exportieren, haben wir bereits große Fortschritte bei der Eindämmung dieser Exporte erzielt. Auf diesen Erfolg sollten wir aufbauen und diese äußerst restriktive Genehmigungspraxis gegenüber Drittländern fortsetzen. Wir werden uns im EU-Rahmen nachdrücklich dafür einsetzen, dass sich die EU-Definition von Kleinwaffen an der weitergehenden UN-Definition orientiert, damit zum Beispiel auch Pistolen und Scharfschützengewehre endlich in diese Kategorie aufgenommen werden. Als ersten Schritt sollte Deutschland diese beiden Waffen in die nationalen Kleinwaffengrundsätze aufnehmen.
Rüstungsexportkontrolle	
Werden Sie sich dafür einsetzen, dass deutsche Regularien nicht durch eine unkontrollierte Internationalisierungsstrategie deutscher Rüstungskonzerne (z.B. durch technische Unterstützung, Lizenzvergabe oder Unternehmensbeteiligungen an ausländischen Firmen) umgangen werden können?	Ja.
Rüstungsexportkontrolle	

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl gegenüber der Bundesregierung für eine Verschärfung und strikte Einhaltung der europäischen Kriterien für den Rüstungsexport (Gemeinsamer Standpunkt der EU) einsetzen?

Auch mit unseren europäischen Partnern werden wir eine Verschärfung der EU-Rüstungsexportvereinbarungen abstimmen. Für Staaten, die weder Mitglied der EU noch der NATO sind, ist eine Ratifizierung des Vertrags über Waffenhandel (ATT) und dessen konsequente Umsetzung zwingende Voraussetzung für jede Form der Rüstungskooperation.